

Verbraucher- und Anlegerrecht

Rechtsprechungsüberblick 2026

Deutschland · Österreich · Schweiz · Liechtenstein
Europäischer Gerichtshof · EFTA-Gerichtshof

ENTSCHEIDUNGEN VOM 01.01. BIS 27.09.2026

88 dokumentierte Entscheidungen und Beschlüsse · Recherche- und Redaktionsstand: 27. September 2026

Herausgeber

Rechtsanwalt Jens Reime

Informationsbroschüre · keine Rechtsberatung

Hinweise zu Umfang und Nutzung

Diese Broschüre ist eine möglichst umfassende Dokumentation der bis zum 27. September 2026 öffentlich veröffentlichten bzw. öffentlich auffindbaren Entscheidungen des Jahres 2026 mit erkennbarer Verbraucher- oder Anlegerrelevanz in den genannten Rechtsordnungen. Erfasst werden Urteile sowie inhaltlich bedeutsame Beschlüsse.

Ein Anspruch auf lückenlose Vollständigkeit aller erst- und zweitinstanzlichen Entscheidungen kann nicht erhoben werden: Nicht jede Entscheidung wird veröffentlicht oder in öffentlich zugänglichen Datenbanken indiziert; Veröffentlichungen können zeitversetzt erfolgen. Bei Schweiz und Liechtenstein ist die öffentliche Publikationspraxis zudem deutlich selektiver als etwa bei BGH/OGH/EUR-Lex.

Die Zusammenfassungen erläutern Gegenstand und Kernaussage in verständlicher Sprache. Sie ersetzen weder den vollständigen Entscheidungstext noch eine Prüfung des Einzelfalls. Rechtskraft und Verfahrensstand werden nur angegeben, wenn sie aus der öffentlich zugänglichen Quelle zuverlässig hervorgehen.

Redaktionsprinzip: nur Entscheidungen mit Entscheidungsdatum im Jahr 2026. Bloß 2026 veröffentlichte ältere Urteile und lediglich anhängige Vorabentscheidungsersuchen ohne 2026er Sachentscheidung wurden nicht als Urteil aufgenommen.

Primäre Recherchequellen

Rechtsraum	Öffentliche/amtliche bzw. institutionelle Quellen
Deutschland	BGH-Rechtsprechungsdatenbank; veröffentlichte Gerichtsentscheidungen; vzbv-/Verbraucherzentrale-Urteilsdatenbanken
Österreich	RIS – Rechtsinformationssystem des Bundes; OGH; VKI/Verbraucherrecht.at
Schweiz	Bundesgericht – Entscheiddatenbank (bger.ch)
Liechtenstein	Staatsgerichtshof – Entscheidungsindex; veröffentlichte Volltexte
EuGH	CURIA / InfoCuria; EUR-Lex
EFTA	EFTA-Gerichtshof / EUR-Lex-Veröffentlichungen

Inhalt

1 Deutschland · 2 Österreich · 3 Schweiz · 4 Liechtenstein · 5 Europäischer Gerichtshof (EuGH) · 6 EFTA-Gerichtshof

1

Deutschland

Erfasst sind veröffentlichte Entscheidungen deutscher Zivilgerichte mit klarer Verbraucher- oder Anlegerrelevanz, darunter BGH-Leitentscheidungen sowie ausgewählte veröffentlichte OLG-/LG-Verbands- und Individualverfahren.

Dokumentierte Entscheidungen in diesem Kapitel: 33.

[LG BERLIN II · 05.01.2026 · 52 O 394/25](#)

Antiviren-Abo: vermeintlich kostenlose Verlängerung

Worum ging es? Ein Anbieter von Antivirensoftware warb im Kündigungsprozess mit einer „kostenlosen“ Verlängerung. Tatsächlich führte der Ablauf nach der beanstandeten Gestaltung in eine entgeltliche Vertragsfortsetzung. Das Gericht sah darin eine irreführende Verbraucherführung: Eine Kündigung darf nicht durch eine Gestaltung unterlaufen werden, die den Eindruck einer kostenlosen Zusatzleistung erweckt, obwohl anschließend Zahlungen ausgelöst werden können.

Einordnung: Vertragsbeendigung und Preisfolgen müssen gerade in digitalen Kündigungsstrecken klar und widerspruchsfrei dargestellt sein.

Quelle/Fundstelle: vzbv-Urteilsdatenbank

[BGH · 07.01.2026 · VIII ZR 62/25](#)

Online-Autokauf: abstrakte Widerrufsbelehrung

Worum ging es? Streitpunkt war die Widerrufsbelehrung beim Fernabsatz eines Kraftfahrzeugs. Der BGH akzeptierte eine Belehrung, die abstrakt daran anknüpft, ob der Käufer Verbraucher ist. Fehlende konkrete Angaben zu den Rücksendekosten eines nicht paketversandfähigen Fahrzeugs verhindern nach der Entscheidung nicht den Beginn der Widerrufsfrist; die gesetzliche Sanktion betrifft vielmehr die Kostentragung.

Einordnung: Für Online-Fahrzeugkäufe trennt der BGH streng zwischen dem Lauf der Widerrufsfrist und der Frage, wer Rücksendekosten tragen muss.

Quelle/Fundstelle: BGH / vzbv

[BGH · 08.01.2026 · III ZR 8/25](#)

Glasfaservertrag: Mindestlaufzeit darf nicht erst mit Freischaltung beginnen

Worum ging es? Ein Telekommunikationsvertrag sah vor, dass die 24-monatige Mindestlaufzeit erst mit Aktivierung des Glasfaseranschlusses beginnen sollte. Dadurch konnte die tatsächliche Bindung ab Vertragsschluss deutlich länger als zwei Jahre dauern. Der BGH beanstandete diese Gestaltung, weil die gesetzlich zulässige Höchstbindung nicht durch einen nach hinten verlagerten Laufzeitbeginn faktisch verlängert werden darf.

Einordnung: Bei langfristigen TK-Verträgen kommt es auf die gesamte Bindungswirkung ab Vertragsschluss an.

Quelle/Fundstelle: BGH / vzbv

OLG HAMM · 20.01.2026 · I-13 UKI 4/25

Vueling: zusätzliches Entgelt für übliches Handgepäck

Worum ging es? Im Tarif „Fly Light“ durfte nur ein sehr kleines persönliches Gepäckstück ohne Aufpreis mitgeführt werden. Für ein übliches Kabinengepäckstück verlangte die Fluggesellschaft ein Zusatzentgelt. Das OLG wertete dies als unzulässig, soweit das Handgepäck nach Gewicht und Abmessungen vernünftigen Anforderungen entspricht und keine Sicherheitsprobleme verursacht.

Einordnung: Die Entscheidung knüpft an die unionsrechtliche Einordnung üblichen Handgepäckes als wesentlichen Bestandteil der Beförderung an.

Quelle/Fundstelle: vzbv; bei Veröffentlichung noch nicht rechtskräftig

OLG MÜNCHEN · 22.01.2026 · 8 U 1813/25 e

Widerruf eines online gekauften Neuwagens: Zulassung als Wertminderung

Worum ging es? Ein Verbraucher widerrief einen online geschlossenen Neuwagenkauf, nachdem das Fahrzeug bereits zugelassen worden war. Das OLG sah die Zulassung nicht mehr als bloße Prüfung wie in einem Ladengeschäft an. Sie kann einen erheblichen Wertverlust verursachen und deshalb Wertersatz auslösen; im konkreten Fall wurde eine deutliche Wertminderung berücksichtigt.

Einordnung: Wer ein Fernabsatzfahrzeug vor Ablauf der Widerrufsfrist zulässt, muss das Risiko von Wertersatz wegen Wertverlusts einplanen.

Quelle/Fundstelle: vzbv / OLG München

OLG CELLE · 11.02.2026 · 7 U 46/25

Gebrauchtwagen als „Bastlerfahrzeug“: kein pauschaler Gewährleistungsausschluss

Worum ging es? Ein gewerblicher Verkäufer wollte sich bei einem Verbrauchsgüterkauf mit der Bezeichnung „Bastlerfahrzeug“ weitgehend von der Mängelhaftung lösen. Das OLG stellte klar, dass Abweichungen von den objektiven Anforderungen an die Kaufsache gegenüber Verbrauchern konkret beschrieben und gesondert vereinbart werden müssen. Ein pauschales Etikett genügt dafür nicht.

Einordnung: Die Entscheidung stärkt die Pflicht zu konkreten Negativvereinbarungen im B2C-Gebrauchtwagenhandel.

Quelle/Fundstelle: vzbv / OLG Celle

OLG FRANKFURT A. M. · 11.02.2026 · 9 U 107/24

Hotelanfrage ohne Preis ist noch kein verbindliches Angebot

Worum ging es? Ein Verbraucher hatte eine Hotelanfrage gestellt, ohne dass ein Preis festgelegt war. Das Hotel übersandte anschließend eine Bestätigung. Das OLG sah die ursprüngliche Anfrage mangels wesentlicher Vertragsbestandteile nicht als bindendes Angebot an; bloßes Schweigen auf die Bestätigung begründete keinen Vertrag.

Einordnung: Bei Online- und E-Mail-Buchungen bleibt entscheidend, ob bereits alle wesentlichen Vertragsbestandteile feststehen und ein Rechtsbindungswille erkennbar ist.

Quelle/Fundstelle: vzbv / OLG Frankfurt

LG BERLIN II · 23.02.2026 · 52 O 22/17

WhatsApp/Meta: Datenübermittlungen und Einwilligung

Worum ging es? In einem langjährigen Verbandsverfahren ging es um die Übermittlung von Kontaktdaten und weiteren Informationen zwischen WhatsApp und Unternehmen des Meta-Konzerns, auch mit Blick auf Personen, die den Dienst selbst nicht nutzen. Das Gericht beanstandete Teile der Verarbeitung und der zugrunde liegenden Einwilligungsmechanismen.

Einordnung: Für Messengerdienste bleibt die transparente Rechtsgrundlage für konzerninterne Datenübermittlungen zentral.

Quelle/Fundstelle: vzbv; bei Veröffentlichung noch nicht rechtskräftig

OLG STUTTGART · 26.02.2026 · 2 U 37/24

Bausparen: jährliches Entgelt für die Vertragsverwaltung

Worum ging es? Gegenstand war ein jährliches Entgelt, das ein Bausparanbieter für die Verwaltung bzw. Aufrechterhaltung des Vertrags verlangte. Das OLG beanstandete die Klausel, weil Kosten für Tätigkeiten, die der Anbieter im eigenen Interesse oder zur Erfüllung eigener Vertragspflichten erbringt, nicht ohne Weiteres auf Verbraucher abgewälzt werden dürfen.

Einordnung: Die Entscheidung steht in der Linie der strengen AGB-Kontrolle bei laufenden Bausparentgelten.

Quelle/Fundstelle: vzbv / OLG Stuttgart

OLG KARLSRUHE · 03.03.2026 · 14 UKI 2/24

Influencer: Werbekennzeichnung trotz fehlender Posting-Pflicht

Worum ging es? Eine reichweitenstarke Auto-Influencerin erhielt für Pressetermine Fahrzeuge sowie Reise- und Verpflegungsleistungen. Eine ausdrückliche Verpflichtung, anschließend zu posten, bestand nicht. Das OLG sah die daraus entstandenen Beiträge dennoch als kennzeichnungspflichtige kommerzielle Kommunikation an, weil eine wirtschaftliche Gegenleistung vorlag.

Einordnung: Auch Sach- und Kostenleistungen können den kommerziellen Charakter eines Social-Media-Beitrags begründen.

Quelle/Fundstelle: OLG Karlsruhe / vzbv

OLG KARLSRUHE · 03.03.2026 · 14 U 83/25

Preisermäßigung: Bezugspunkt ist der niedrigste Preis der letzten 30 Tage

Worum ging es? Bei einer auffällig beworbenen Preisreduzierung („Super-Knüller“) war streitig, auf welchen früheren Preis sich der Rabatt beziehen darf. Das OLG legte die Preisangabenverordnung richtlinienkonform aus: Eine prozentuale Ermäßigung muss auf den niedrigsten Preis bezogen werden, der in den letzten 30 Tagen vor der Ermäßigung verlangt wurde.

Einordnung: Händler dürfen Rabatte nicht durch einen kurzfristig erhöhten Vergleichspreis größer erscheinen lassen.

Quelle/Fundstelle: OLG Karlsruhe

BGH · 18.03.2026 · IV ZR 184/24

Lebens-/Rentenversicherung: Stornoabzug und Berechnungsmethode

Worum ging es? Der BGH befasste sich mit Klauseln zum Abzug vom Rückkaufswert bei Kündigung einer Lebens- bzw. Rentenversicherung. Ein Abzug muss nicht zwingend als fester Eurobetrag bezeichnet sein; eine transparente Berechnungsmethode kann genügen, wenn sie dem Versicherer keinen ungeregelten Spielraum lässt. Die Sache wurde zur weiteren Prüfung der materiellen Angemessenheit zurückverwiesen.

Einordnung: Für Versicherungsnehmer sind Transparenz und Nachprüfbarkeit der Abzugsformel entscheidend; die Wirksamkeit hängt zusätzlich von der inhaltlichen Angemessenheit ab.

Quelle/Fundstelle: BGH

BGH · 16.04.2026 · III ZR 152/25

Netflix-Guthaben: Kündigung darf nicht bis zum Verbrauch des Guthabens blockiert werden

Worum ging es? Eine Vertragsgestaltung sah vor, dass ein Streaming-Abo trotz Kündigung so lange fortbesteht, bis ein vorhandenes Geschenkguthaben vollständig aufgebraucht ist. Das konnte die Vertragsbeendigung über viele Monate hinausschieben. Der BGH hielt eine solche Klausel für unwirksam.

Einordnung: Vorausbezahltes Guthaben darf Verbraucher nicht unbestimmt lange an einen Dauerschuldvertrag binden.

Quelle/Fundstelle: BGH / vzbv

LG DÜSSELDORF · 05.05.2026 · 14c O 165/25

Online-Bewertungen: Informationen zur Echtheit und Prüfung

Worum ging es? In einem verbraucherschützenden Verfahren ging es um die Darstellung von Kundenbewertungen und darum, welche Informationen ein Anbieter über die Prüfung der Echtheit bereitstellen muss. Das Gericht untersagte die beanstandete Gestaltung im Wege eines Versäumnisurteils.

Einordnung: Wer mit Bewertungen wirbt, muss nachvollziehbar erklären, ob und wie sichergestellt wird, dass die Bewertungen von tatsächlichen Nutzern oder Käufern stammen.

Quelle/Fundstelle: vzbv

BGH · 06.05.2026 · VIII ZR 73/24

Verbrauchsgüterkauf: Beweislastumkehr bei Fahrzeugbrand

Worum ging es? Nach einem Fahrzeugbrand war streitig, ob der Käufer den technischen Ursprung des Mangels beweisen muss. Der BGH betonte die gesetzliche Vermutung des § 477 BGB: Zeigt sich innerhalb des maßgeblichen Zeitraums ein mangelhafter Zustand und kommt eine vom Verkäufer zu verantwortende Ursache ernsthaft in Betracht, trägt der Verkäufer die Gegenbeweislust.

Einordnung: Verbraucher müssen den genauen technischen Entstehungsmechanismus eines früh auftretenden Defekts nicht vollständig aufklären.

Quelle/Fundstelle: BGH

BGH · 06.05.2026 · VIII ZR 257/23

Gebrauchtfahrzeug: Beweislastumkehr auch beim behaupteten Fahrwerksmangel

Worum ging es? In einem Parallelkomplex ging es um einen bei einem gebrauchten Fahrzeug auftretenden instabilen bzw. oszillierenden Fahrzustand. Der BGH konkretisierte erneut die Reichweite der Vermutung des § 477 BGB und die Anforderungen an die Kausalitätsprüfung bei Schadensersatzansprüchen.

Einordnung: Die Entscheidung bestätigt die verbraucherfreundliche Beweislastverteilung bei Mängeln, die sich zeitnah nach Übergabe zeigen.

Quelle/Fundstelle: BGH

LG BERLIN II · 26.05.2026 · 15 O 277/25

„Testsieger“-Portale ohne echte Vergleichsprüfung

Worum ging es? Ein Online-Portal verwendete Testsieger- und Auszeichnungsdarstellungen, obwohl nach dem Vorbringen der Verbraucherverbände keine hinreichend nachvollziehbare eigene Vergleichsprüfung zugrunde lag. Das Gericht untersagte die beanstandete Werbung.

Einordnung: Test- und Siegelsymbole müssen auf einer belastbaren, transparenten Prüfung beruhen; bloße werbliche Ranglisten können irreführend sein.

Quelle/Fundstelle: vzbv; bei Veröffentlichung noch nicht rechtskräftig

BGH · 03.06.2026 · I ZR 49/24

Bearbeitungspauschale im Onlinehandel und Verkaufspreis

Worum ging es? Nach der Vorabentscheidung des EuGH in C-62/25 entschied der BGH über eine Bearbeitungspauschale, die nur unterhalb eines bestimmten Gesamtbestellwerts anfiel. Sie musste in der konkreten Konstellation nicht in den für jedes einzelne Produkt ausgewiesenen Verkaufspreis eingerechnet werden, weil ihr Anfall von der Gesamtbestellung abhing; sie musste aber klar separat ausgewiesen werden.

Einordnung: Bestellabhängige Zusatzkosten sind von zwingend produktbezogenen Preisbestandteilen zu unterscheiden.

Quelle/Fundstelle: BGH / EuGH C-62/25

KG BERLIN · 24.06.2026 · 23 UKI 2/26

Lieferando: vorausbezahltes Trinkgeld

Worum ging es? Die Plattform schloss in ihren Bedingungen eine Erstattung eines bereits vorausbezahlten Trinkgelds kategorisch aus. Das KG beanstandete diese pauschale Regelung. Auch beim Trinkgeld müssen Fallgestaltungen berücksichtigt werden, in denen die zugrunde liegende Leistung nicht oder nicht ordnungsgemäß erbracht wird.

Einordnung: Pauschale Ausschlüsse von Rückzahlungsansprüchen in Plattform-AGB unterliegen einer strengen Inhaltskontrolle.

Quelle/Fundstelle: vzbv; bei Veröffentlichung noch nicht rechtskräftig

KG BERLIN · 01.07.2026 · 25 U 131/24

Online-Autokauf: fehlerhafte Button-Beschriftung und Treu und Glauben

Worum ging es? Bei einem hochpreisigen Online-Fahrzeugkauf war der Bestellbutton nicht exakt mit der gesetzlichen Formulierung „zahlungspflichtig bestellen“ beschriftet. Das KG hielt eine Berufung auf den Formmangel im konkreten Einzelfall für treuwidrig, weil für den Käufer Preis und Zahlungspflicht unmissverständlich feststanden und er den Vertrag zunächst durchführen wollte.

Einordnung: Die Button-Lösung bleibt zwingend; die Entscheidung zeigt aber, dass die spätere Berufung auf einen Formfehler im Ausnahmefall an § 242 BGB scheitern kann.

Quelle/Fundstelle: KG Berlin

OLG KARLSRUHE · 07.07.2026 · 12 U 131/25

Pflegezusatzversicherung: keine ungefragte Offenbarung jeder pränatalen Diagnose

Worum ging es? Streit bestand darüber, ob Eltern vor Abschluss einer privaten Pflegezusatzversicherung ungefragt auf eine pränatale Diagnose des ungeborenen Kindes hätten hinweisen müssen. Das OLG verneinte eine generelle spontane Offenbarungspflicht, wenn der Versicherer hierzu keine konkrete Frage gestellt hatte und die Voraussetzungen einer arglistigen Täuschung nicht vorlagen.

Einordnung: Versicherer müssen risikorelevante Umstände grundsätzlich durch klare Gesundheitsfragen erheben.

Quelle/Fundstelle: OLG Karlsruhe

KG BERLIN · 07.07.2026 · 5 UKI 22/25

Energieverträge: Entgelt für Papierrechnungen

Worum ging es? In einem Verbandsverfahren gegen Unternehmen der Primaholding-Gruppe ging es um Entgelte für Rechnungen in Papierform und weitere Vertragsklauseln. Das KG untersagte beanstandete Kostenpositionen und befasste sich außerdem mit der Abschöpfung wirtschaftlicher Vorteile aus verbraucherrechtswidrigen Klauseln.

Einordnung: Standardleistungen der Vertragsabrechnung dürfen nicht ohne tragfähige Grundlage mit Zusatzentgelten belegt werden.

Quelle/Fundstelle: vzbv; bei Veröffentlichung noch nicht rechtskräftig

BGH · 16.07.2026 · I ZR 200/25

Kündigungsbutton: keine Ablenkung durch eine Vertrags-Pause

Worum ging es? Nach Betätigung des gesetzlichen Kündigungsbuttons wurde der Nutzer mit einer Gestaltung konfrontiert, die vorrangig eine Vertragspause oder andere Alternativen hervorhob. Der BGH beanstandete eine solche Nutzerführung, wenn sie den gesetzlich vorgesehenen unmittelbaren Weg zur Kündigungsbestätigung erschwert oder davon ablenkt.

Einordnung: Der Kündigungsprozess muss einfach, unmittelbar und ohne manipulative Umwege bis zur Bestätigung führen.

Quelle/Fundstelle: BGH

BGH · 16.07.2026 · I ZR 223/25

Doppelmakler: Widerruf und Provisionsansprüche

Worum ging es? Beim Immobilienkauf war ein Makler für beide Seiten tätig. Gegenüber einer Partei war der Maklervertrag wegen eines wirksamen Widerrufs nach fehlerhafter Widerrufsbelehrung rückabzuwickeln. Der BGH stellte zugleich klar, dass der Provisionsanspruch gegenüber der anderen Vertragspartei nicht automatisch entfällt.

Einordnung: Maklerprovisionen sind je Vertragsverhältnis getrennt zu prüfen; Widerrufsfehler können einen Anspruch vernichten, ohne zwingend den parallelen Vertrag zu erfassen.

Quelle/Fundstelle: BGH

OLG ROSTOCK · 23.07.2026 · 2 UKI 2/25

AIDA: Kreuzfahrt-AGB zu Quarantäne- und Zusatzkosten

Worum ging es? Mehrere Klauseln in Kreuzfahrtbedingungen verlagerten zusätzliche Kosten, unter anderem im Zusammenhang mit Quarantäne oder behördlichen Maßnahmen, weitgehend auf Reisende. Das OLG erklärte mehrere Klauseln für unwirksam, weil sie Risiken zu pauschal auf Verbraucher verschoben.

Einordnung: Reiseveranstalter können außergewöhnliche Kostenfolgen nicht grenzenlos durch AGB auf Reisende abwälzen.

Quelle/Fundstelle: vzbv; bei Veröffentlichung noch nicht rechtskräftig

OLG KÖLN · 27.07.2026 · 6 W 57/26

„Kostenloser Schiffs-Shuttle“: Reichweite einer Werbeaussage

Worum ging es? Ein Unternehmen bewarb einen bestimmten Teil einer Beförderung als kostenlosen Schiffs-Shuttle. Das OLG sah die Aussage nicht allein deshalb als irreführend an, weil für andere Einstiegs- oder Streckenvarianten der reguläre Fahrpreis galt, sofern die beworbene kostenlose Leistung räumlich und sachlich hinreichend klar abgegrenzt war.

Einordnung: Bei „kostenlos“-Werbung entscheidet die konkrete Reichweite der Aussage und die Erwartung eines verständigen Verbrauchers.

Quelle/Fundstelle: OLG Köln

BGH · 28.07.2026 · XI ZR 83/25

Riester-Bausparen: laufende Konto- bzw. Verwaltungskosten

Worum ging es? Der BGH befasste sich mit jährlichen Entgelten in einem Riester-Bausparvertrag. Klauseln, mit denen die Bausparkasse laufende Kosten für die Führung bzw. Verwaltung des Vertrags auf Kunden verlagert, wurden beanstandet, soweit sie Tätigkeiten vergüten sollen, die der Anbieter im eigenen Interesse oder aufgrund eigener Pflichten ausführt.

Einordnung: Die Entscheidung ist für langfristige geförderte Spar- und Bausparprodukte von erheblicher Bedeutung.

Quelle/Fundstelle: BGH

BGH · 30.07.2026 · I ZR 130/25

Ärztiegel „Top-Mediziner“: Anforderungen an Transparenz der Auswahl

Worum ging es? Ein kostenpflichtig nutzbares Auszeichnungssiegel stellte Ärzte als „Top-Mediziner“ heraus. Der BGH prüfte, ob die Auswahlmethodik, Datenbasis und wertenden Elemente für angesprochene Patienten hinreichend transparent waren. Eine werbliche Auszeichnung kann irreführen, wenn wesentliche Grenzen und Grundlagen des Rankings nicht erkennbar sind.

Einordnung: Ranking- und Qualitätssiegel benötigen nachvollziehbare Kriterien; die bloße optische Autorität eines Siegels darf nicht über die Methodik hinwegtäuschen.

Quelle/Fundstelle: BGH

OLG KOBLENZ · 30.07.2026 · 2 UKI 4/25

1&1 „Unlimited“: intransparente Drosselung bei „unüblicher Nutzung“

Worum ging es? 1&1 bewarb Tarife mit unbegrenztem Datenvolumen, behielt sich aber bei „unüblichem“ oder „exzessivem“ Verbrauch Drosselung, Einstellung oder Kündigung vor, ohne eine belastbare Schwelle zu nennen. Das OLG erklärte die Klausel für intransparent und unangemessen benachteiligend; die Revision wurde nicht zugelassen.

Einordnung: Ein als unbegrenzt beworbener Tarif darf nicht durch unbestimmte, dynamische Nutzungsgrenzen entwertet werden.

Quelle/Fundstelle: OLG Koblenz / Verbraucherzentrale NRW

OLG BRANDENBURG · 03.08.2026 · 7 UKI 1/26

Kündigungsbutton: Zugang darf nicht im Kundenkonto versteckt werden

Worum ging es? In einem Anerkennungsverfahren ging es um die gesetzlich geforderte leichte Zugänglichkeit der elektronischen Kündigungsmöglichkeit. Beanstandet wurde eine Gestaltung, bei der Verbraucher den Kündigungsweg erst nach mehreren Schritten oder innerhalb des Kundenbereichs auffinden konnten.

Einordnung: Der Kündigungsbutton muss ständig verfügbar, unmittelbar und leicht zugänglich sein.

Quelle/Fundstelle: vzbv

OLG FRANKFURT A. M. · 17.08.2026 · 5 W 18/26

Energiesperre: Härtefallhinweise dürfen nicht zu eng sein

Worum ging es? Ein Energieversorger informierte im Zusammenhang mit einer drohenden Versorgungssperre nur eingeschränkt über Härtefälle und verwies auf enge Fallgruppen. Das OLG beanstandete eine Gestaltung, die den gesetzlichen Schutzbereich verkürzt oder Verbraucher von der Geltendmachung weiterer gewichtiger Härtegründe abhalten kann.

Einordnung: Sperrandrohungen müssen die gesetzlichen Abwendungs- und Härtefallrechte vollständig und verständlich vermitteln.

Quelle/Fundstelle: vzbv / OLG Frankfurt

KG BERLIN · 25.08.2026 · 5 U 90/23

Nahrungsergänzung: Aussagen zu Konzentration und Leistungsfähigkeit

Worum ging es? Bei sogenannten „Focus“-Kapseln wurden gesundheitsbezogene Wirkungen für Konzentration und Leistungsfähigkeit beworben. Das KG beanstandete Aussagen, soweit sie nicht von zulässigen Health-Claims gedeckt oder wissenschaftlich ausreichend abgesichert waren.

Einordnung: Gesundheitsbezogene Werbung für Nahrungsergänzungsmittel unterliegt engen unionsrechtlichen Vorgaben.

Quelle/Fundstelle: vzbv; bei Veröffentlichung noch nicht rechtskräftig

BGH · 09.09.2026 · IV ZR 235/25

Kaskoversicherung: Werkstattisiko liegt grundsätzlich beim Versicherungsnehmer

Worum ging es? Nach einer Fahrzeugreparatur waren einzelne Rechnungspositionen objektiv nicht erforderlich bzw. überhöht. Der BGH entschied, dass der Kaskoversicherer nach den üblichen Bedingungen grundsätzlich nur die erforderlichen Reparaturkosten schuldet; das Risiko einer ungerechtfertigt hohen Werkstattrechnung liegt nicht automatisch beim Versicherer.

Einordnung: Versicherungsnehmer können im Kaskofall nicht jede Werkstattrechnung ungeprüft an den Versicherer weiterreichen; entscheidend bleiben die bedingungsgemäß erforderlichen Kosten.

Quelle/Fundstelle: BGH

2 Österreich

Schwerpunkt sind 2026 entschiedene OGH-Verfahren aus RIS und öffentlich dokumentierte Verbandsverfahren. Mehrere Urteile zu Kreditentgelten und Wertsicherung sind bewusst einzeln dargestellt, weil ihre Ergebnisse von der konkreten Vertragsgestaltung abhängen.

Dokumentierte Entscheidungen in diesem Kapitel: 20.

OGH · 12.01.2026 · 18 ONc 3/25y

Verbrauchereigenschaft im Schiedsverfahren – auch bei ausländischer Familienstiftung

Worum ging es? Der OGH klärte Zuständigkeitsfragen bei der Bestellung eines Schiedsrichters. Der Verbraucherbegriff richtet sich auch bei ausländischen Parteien nach dem österreichischen KSchG. Eine liechtensteinische Familienstiftung, die nur Minderheitsgesellschafterin ohne Geschäftsführungsbefugnis war, konnte im konkreten Fall als Verbraucherin einzuordnen sein.

Einordnung: Für grenzüberschreitende Schiedsverfahren ist die konkrete wirtschaftliche Tätigkeit der Partei maßgeblich, nicht allein ihre Rechtsform oder ihr ausländischer Sitz.

Quelle/Fundstelle: RIS

OGH · 27.01.2026 · 9 Ob 111/25a

Erste Leitlinien zur Abhilfeklage nach dem QEG

Worum ging es? Eine qualifizierte Einrichtung verlangte für zahlreiche Kreditnehmer die Rückzahlung von Bearbeitungsentgelten. Der OGH bestätigte, dass „im Wesentlichen gleichartige Sachverhalte“ eine besondere Prozessvoraussetzung der Abhilfeklage sind und bereits in der Klage konkret dargelegt werden müssen. Unterschiedliche Kreditzwecke, Summen und Gebühren können eine pauschale Darstellung unzureichend machen.

Einordnung: Das Urteil setzt hohe Anforderungen an die Aufbereitung von Massenschäden in österreichischen Verbands-Abhilfeklagen.

Quelle/Fundstelle: RIS

OGH · 19.02.2026 · 9 Ob 19/25x

Kreditbearbeitungsentgelt: Transparenz im Gesamtvertrag

Worum ging es? Bei einem Verbraucherkredit waren neben einer Bearbeitungsgebühr weitere Einmalentgelte vorgesehen. Der OGH stellte klar, dass mehrere Entgeltkategorien so beschrieben sein müssen, dass ein durchschnittlicher Verbraucher Leistungen und Kosten voneinander abgrenzen und Überschneidungen erkennen kann. Im konkreten Fall wurde die Transparenzfrage anhand des gesamten Vertrags beurteilt.

Einordnung: Nicht jede Kreditbearbeitungsgebühr ist schon dem Grunde nach unzulässig; entscheidend sind Vertragsgestaltung, Transparenz und Inhaltskontrolle.

Quelle/Fundstelle: RIS

[OGH · 25.02.2026 · 7 Ob 111/25m](#)

Bankklauseln: Kreditbearbeitungsgebühr und Mahnspesen

Worum ging es? In einem Verbandsverfahren prüfte der OGH mehrere Bankklauseln. Eine fixe Bearbeitungsgebühr von 999,95 Euro wurde differenziert nach Transparenz und gröblicher Benachteiligung geprüft; außerdem ging es um Mahnspesen und weitere Kostenklauseln. Der OGH bestätigt, dass Kreditnebenentgelte der AGB-Kontrolle unterliegen können.

Einordnung: Pauschale Kostenklauseln müssen sachlich gerechtfertigt, transparent und zur konkreten Leistung in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Quelle/Fundstelle: RIS

[OGH · 26.02.2026 · 2 Ob 202/25g](#)

Flugtickets: Reihenfolge der Coupons und Umbuchungsgebühren

Worum ging es? Gegenstand eines Verbandsverfahrens waren Beförderungsbedingungen einer Fluglinie, unter anderem zur Reihenfolge der Flugscheine sowie zu tarifabhängigen Umbuchungsentgelten. Der OGH prüfte Widersprüche zwischen AGB, Buchungsprozess und zusätzlichen Informationsblättern und stellte klar, dass außerhalb des Vertrags stehende Informationsblätter Intransparenzen nicht beliebig heilen.

Einordnung: Beförderungsbedingungen müssen im eigentlichen Vertragsabschluss klar und widerspruchsfrei sein.

Quelle/Fundstelle: RIS

[OGH · 10.03.2026 · 1 Ob 87/25p](#)

Wohnungsmiete: Wertsicherung und zuletzt veröffentlichter Verbraucherpreisindex

Worum ging es? Ein Mietvertrag knüpfte die Wertsicherung an die bei Vertragsschluss zuletzt veröffentlichte Indexzahl. Der OGH hielt eine solche Anknüpfung nicht schon wegen ihrer zeitlichen Lage für ungewöhnlich oder intransparent. Eine unzulässige „Rückwirkung“ ist vielmehr anhand der konkreten Vertragsgestaltung und des zeitlichen Abstands zu prüfen.

Einordnung: Nicht jede Wertsicherungsklausel mit einem vor Vertragsschluss liegenden Ausgangsindex ist automatisch unwirksam.

Quelle/Fundstelle: RIS

[OGH · 12.03.2026 · 5 Ob 71/25i](#)

Kredit: 10.650 Euro Bearbeitungsentgelt neben weiteren Gebühren

Worum ging es? Verbraucher verlangten eine Kreditbearbeitungsgebühr von 10.650 Euro zurück. Neben dieser Gebühr bestanden weitere Entgelte etwa für Liegenschaftsbewertung, Treuhand und Grundbuchsprüfung. Der OGH beanstandete die Klausel als intransparent, weil aus dem Vertragswerk nicht ausreichend klar hervorging, welche Leistungen mit der Bearbeitungsgebühr abgegolten werden und wo Überschneidungen liegen.

Einordnung: Bei mehreren Kostenpositionen müssen Leistungskategorien so abgegrenzt werden, dass Doppelverrechnungen erkennbar sind.

Quelle/Fundstelle: RIS

[OGH · 18.03.2026 · 9 Ob 20/26w](#)

PV-Einspeiser bleiben Verbraucher – Spotty-Ausgleichsenergiebeitrag unzulässig

Worum ging es? Spotty verrechnete Haushaltskunden mit Photovoltaikanlagen einen variablen Ausgleichsenergiebeitrag, dessen Berechnung aus der Klausel nicht nachvollziehbar war. Der OGH bestätigte die Unzulässigkeit. Zugleich wurde festgehalten, dass die entgeltliche Einspeisung überschüssigen Haushaltsstroms allein die Kunden nicht zu Unternehmern macht.

Einordnung: Die Entscheidung schützt Prosumer: Private PV-Einspeisung kann weiterhin in den Anwendungsbereich des KSchG fallen.

Quelle/Fundstelle: RIS / VKI; rechtskräftig

[OGH · 18.03.2026 · 9 Ob 5/26i](#)

Fernwärme: Indexierung des Arbeitspreises

Worum ging es? In einer Verbandsklage gegen einen Fernwärmenetzbetreiber ging es um eine indexbasierte Preisanpassung des Arbeitspreises, obwohl unterschiedliche Netze mit sehr unterschiedlichen Energie- und Brennstoffmischen zusammengefasst wurden. Der OGH ließ die vom Berufungsgericht vorgenommene verbraucherrechtliche Kontrolle bestehen.

Einordnung: Preisänderungsklauseln in der Energieversorgung müssen transparent sein und eine sachgerechte Beziehung zwischen Änderungsfaktoren und Preisentwicklung erkennen lassen.

Quelle/Fundstelle: RIS

[OGH · 18.03.2026 · 6 Ob 78/25a](#)

Mietvertrag: Wertsicherung und Ersatzindex

Worum ging es? In einem Wohnraummietvertrag wurde der Hauptmietzins an den VPI gekoppelt; zusätzlich war für den Wegfall des Index ein Ersatzindex vorgesehen. Der OGH stellte die erstinstanzliche Lösung wieder her: Die Wertsicherung war nicht insgesamt unwirksam, beanstandet wurde aber die Ersatzindex-Passage.

Einordnung: Die Wirksamkeit einer Wertsicherung ist klauselteilig zu prüfen; ein problematischer Ersatzmechanismus muss nicht zwingend die gesamte Indexierung zu Fall bringen.

Quelle/Fundstelle: RIS

[OGH · 24.03.2026 · 10 Ob 14/26w](#)

Miete: weitere Klarstellung zu Wertsicherungsklauseln

Worum ging es? Der OGH befasste sich erneut in einem Individualprozess mit einer formularmäßigen Wertsicherungsvereinbarung in einem Mietvertrag. Maßgeblich sind insbesondere Transparenz, der Ausgangsindex und die gesetzlichen Grenzen für Entgeltänderungen gegenüber Verbrauchern.

Einordnung: Die Entscheidung gehört zu einer 2026 fortentwickelten OGH-Linie, die Wertsicherungsklauseln nicht schematisch, sondern nach ihrem konkreten Mechanismus prüft.

Quelle/Fundstelle: RIS

OGH · 25.03.2026 · 3 Ob 20/26a

Miete: Verbraucherschutz bei indexierter Miete

Worum ging es? Auch dieses Verfahren betraf eine formularmäßige Wertsicherung im Wohnungsmietrecht. Der OGH wandte die jüngere Rechtsprechung zu § 6 KSchG und zu den Grenzen rückwirkender bzw. überraschender Indexanknüpfungen an.

Einordnung: Für Vermieter und Mieter ist entscheidend, welcher Indexzeitpunkt vereinbart wurde und ob die Preisentwicklung nachvollziehbar und ausgewogen abgebildet wird.

Quelle/Fundstelle: RIS

OGH · 08.04.2026 · 1 Ob 37/26m

Mietzinsindexierung nach neuer Rechtslage

Worum ging es? Der OGH führte seine Rechtsprechung zu Wertsicherungsklauseln in Wohnungsmietverträgen fort und berücksichtigte dabei die 2026 maßgebliche gesetzliche Rechtslage. Die Prüfung bleibt auf den konkreten Klauselwortlaut und die wirtschaftliche Wirkung gerichtet.

Einordnung: Das Urteil zeigt, dass ältere Formulierungen nach der gesetzlichen Neuordnung nicht pauschal bewertet werden können.

Quelle/Fundstelle: RIS

OGH · 15.04.2026 · 7 Ob 176/24v

Hapimag: 48 Klauseln im Timesharing-/Ferienwohnmodell

Worum ging es? Hapimag betreibt Ferienanlagen und gewährt Aktionären bzw. Partnern Nutzungsrechte. In einem umfangreichen Verbandsverfahren erklärte der OGH zahlreiche Vertragsklauseln für unzulässig. Verbraucherrecht war anwendbar, obwohl Kunden zugleich Aktionäre sein konnten, weil der Erwerb vor allem dem Bezug von Ferien- und Nutzungsleistungen diente.

Einordnung: Die gesellschaftsrechtliche Hülle schließt Konsumentenschutz nicht aus, wenn wirtschaftlich eine private Dienstleistungsnutzung im Vordergrund steht.

Quelle/Fundstelle: RIS / VKI

OGH · 15.04.2026 · 7 Ob 41/26v; Vorinstanz OLG Wien 30.01.2026, 3 R 153/25d

Online-Coaching über CopeCart: Widerruf und zwingendes österreichisches Verbraucherrecht

Worum ging es? In einem Streit über ein online vermitteltes Coaching hatte die Vorinstanz österreichisches zwingendes Verbraucherrecht angewandt und den Verlust des Widerrufsrechts bei digitalen Dienstleistungen eng ausgelegt. Der OGH wies die außerordentliche Revision zurück und ließ die Entscheidung damit bestehen.

Einordnung: Bei grenzüberschreitenden Onlineleistungen kann eine Rechtswahl zwingenden Verbraucherschutz nicht ohne Weiteres verdrängen.

Quelle/Fundstelle: RIS / Verbraucherrecht.at

OGH · 21.04.2026 · 10 Ob 17/26m

Mietindex: Ausgangsmonat zwölf Monate vor Vertragsabschluss

Worum ging es? Eine Wertsicherungsklausel nahm einen Ausgangsindex, der rund zwölf Monate vor dem Mietvertragsabschluss lag. Der OGH hob die Vorentscheidungen auf, weil zwischenzeitlich § 879a ABGB in Kraft getreten war und die Parteien zur neuen Rechtslage noch kein ausreichendes Vorbringen erstatten konnten.

Einordnung: Neue gesetzliche Wertungsvorgaben können eine erneute Tatsachen- und Rechtsprüfung bestehender Mietklauseln erforderlich machen.

Quelle/Fundstelle: RIS

OGH · 19.05.2026 · 4 Ob 170/25s

Ryanair: 14 von 15 Gebührenklauseln unzulässig

Worum ging es? Der OGH prüfte Gebühren in Ryanair-Beförderungsbedingungen, darunter Flughafen-Check-in, Namensänderungen, Umbuchungen, Sitzplatzregelungen, Gepäck- und weitere Zusatzentgelte. 14 von 15 angegriffenen Klauseln wurden als unzulässig beurteilt.

Einordnung: Das Urteil ist eine zentrale 2026er Entscheidung zu transparenten und angemessenen Zusatzentgelten im Luftverkehr; betroffene Verbraucher können je nach Fall Rückforderungsansprüche prüfen.

Quelle/Fundstelle: VKI / RIS

OGH · 19.05.2026 · 5 Ob 184/26g

Kreditbearbeitungsentgelt: Inhaltskontrolle und tatsächlicher Aufwand

Worum ging es? Der OGH bestätigte seine Linie, dass ein Kreditbearbeitungsentgelt als zusätzliches Entgelt grundsätzlich der Inhaltskontrolle nach § 879 Abs. 3 ABGB unterliegen kann. Für die Beurteilung einer hohen Gebühr kommt es unter anderem auf den nachvollziehbaren tatsächlichen bzw. marktüblichen Aufwand an; pauschale Verweise auf die Kreditsumme reichen nicht.

Einordnung: Bei hohen Kreditnebenkosten wird die Angemessenheit nicht allein über einen Prozentsatz, sondern auch über die dahinterstehende Leistung geprüft.

Quelle/Fundstelle: RIS

OGH · 20.05.2026 · 4 Ob 28/26k

Booking.com: Name und ladungsfähige Anschrift privater Unterkunftgeber

Worum ging es? Bei über Booking.com vermittelten Privatunterkünften müssen Name und ladungsfähige Anschrift des tatsächlichen Unterkunftgebers spätestens unverzüglich nach der Buchung mitgeteilt werden. Die Information ist wesentlich, weil Verbraucher ihre vertraglichen Rechte sonst nicht effektiv durchsetzen können. Datenschutzrecht stand dieser Pflicht nach dem OGH nicht entgegen.

Einordnung: Plattformen dürfen Verbraucher bei der Rechtsdurchsetzung nicht auf eine bloße interne Kontaktfunktion verweisen.

Quelle/Fundstelle: VKI / RIS

OGH · 24.06.2026 · 7 Ob 56/26z

Anlage-/Finanzierungsberatung mit fondsgebundener Lebensversicherung: Verjährung

Worum ging es? Anleger hatten einen endfälligen Kredit mit einer fondsgebundenen Lebensversicherung als Tilgungsträger abgeschlossen und später Schadenersatz wegen Beratungsfehlern verlangt. Der OGH sah den Anspruch als verjährt an: Die Frist beginnt grundsätzlich, sobald der Anleger erkennt, dass das Finanzierungskonzept insgesamt nicht den zugesagten Erwartungen entspricht; einzelne Beratungsfehler lösen nicht automatisch getrennte Fristen aus.

Einordnung: Für Anlegerhaftung ist der Zeitpunkt entscheidend, zu dem das Scheitern des Gesamtmodells erkennbar wird.

Quelle/Fundstelle: RIS / Schönherr Litigation Update

3**Schweiz**

Die Schweiz kennt kein einheitliches Verbraucherrecht nach EU-Muster. Aufgenommen sind daher öffentlich zugängliche Bundesgerichtsentscheide mit erkennbarer Privatkunden-, Versicherungs-, Bank- oder Anleger-/Aktionärsrelevanz.

Dokumentierte Entscheidungen in diesem Kapitel: 8.

BUNDESGERICHT · 12.01.2026 · 4A_149/2025

Execution-only-Bankbeziehung: Retrozessionen

Worum ging es? Das Bundesgericht entschied erstmals vertieft über die Herausgabe von Retrozessionen bei einer reinen Execution-only-Beziehung. Anders als bei Vermögensverwaltung hat die Bank dort grundsätzlich keinen Entscheidungsspielraum über das Kundenvermögen. Im konkreten Fall bestand daher kein relevanter innerer Interessenkonflikt, der eine Herausgabepflicht nach Art. 400 Abs. 1 OR auslöste; die Klage wurde abgewiesen.

Einordnung: Das Urteil schränkt die Übertragung der Retrozessionsrechtsprechung aus der Vermögensverwaltung auf reine Ausführungsgeschäfte ein.

Quelle/Fundstelle: Bundesgericht

BUNDESGERICHT · 13.04.2026 · 4A_98/2026

Aktionärsrecht: gerichtliches Einsichtsrecht nach Art. 697b OR

Worum ging es? Eine Aktionärin mit knapp einem Drittel der Aktien verlangte Einsicht in Gesellschaftsunterlagen. Das Bundesgericht befasste sich mit Voraussetzungen, Fristen und Reichweite des gerichtlichen Einsichtsrechts nach verweigerter Information bzw. Einsicht an der Generalversammlung.

Einordnung: Für Anleger und Minderheitsaktionäre ist die rechtzeitige und hinreichend bestimmte Geltendmachung von Informationsrechten zentral; das Recht auf Einsicht ist nicht ohne Weiteres ein Anspruch auf kostenlose Kopien.

Quelle/Fundstelle: Bundesgericht

BUNDESGERICHT · 22.05.2026 · 4A_10/2026

Lebensversicherung: Einbezug von AVB und Begriff der Erwerbsunfähigkeit

Worum ging es? Ein Versicherungsnehmer stritt mit dem Lebensversicherer über Prämienbefreiung bei Erwerbsunfähigkeit. Das Bundesgericht prüfte, ob Versicherungsbedingungen wirksam in den Vertrag einbezogen wurden und wie der vertragliche Begriff der Erwerbsunfähigkeit zu verstehen ist. Maßgeblich ist die konkrete Versicherungsregelung; sozialversicherungsrechtliche Begriffe werden nicht automatisch übernommen.

Einordnung: Versicherte müssen bei privaten Policen den konkreten Bedingungs Wortlaut und dessen Einbezug in den Vertrag prüfen.

Quelle/Fundstelle: Bundesgericht

BUNDESGERICHT · 11.06.2026 · 4A_181/2026

Mietrecht: Beweis des Inhalts einer eingeschriebenen Sendung

Worum ging es? Ein Mieter focht mehrere Kündigungen an und behauptete, drei Anfechtungsschriften gemeinsam in einem eingeschriebenen Umschlag versandt zu haben. Das Bundesgericht stellte klar, dass aus dem Nachweis eines Einschreibens nicht ohne Weiteres folgt, welche konkreten Dokumente sich darin befanden.

Einordnung: Bei fristgebundenen Verbraucher- und Mietrechtserklärungen sollte der Inhalt einer Sendung beweissicher dokumentiert werden.

Quelle/Fundstelle: Bundesgericht

BUNDESGERICHT · 17.06.2026 · 4A_501/2025

Bankvertrag: Wann wird aus Execution-only eine Anlageberatung?

Worum ging es? Eine Bankkundin hatte eine als Execution-only geführte Beziehung und verlangte unter anderem die Herausgabe von Retrozessionen. Das Bundesgericht prüfte, ob einzelne Kontakte und Produktinformationen die Vertragsbeziehung in eine Anlageberatung übergehen ließen. Eine Beratung kann im Einzelfall entstehen, wenn der Kunde erkennbar Rat sucht und die Bank auf seine fehlende Risikokenntnis eingeht; im konkreten Fall blieb es jedoch im Kern bei Execution-only.

Einordnung: Die tatsächliche Kommunikation kann für die Einordnung einer Bankbeziehung wichtiger sein als die Vertragsüberschrift.

Quelle/Fundstelle: Bundesgericht

BUNDESGERICHT · 17.06.2026 · 4A_503/2025

Parallelfall zu Bankvertrag und Retrozessionen

Worum ging es? In einem Parallelverfahren zu 4A_501/2025 ging es ebenfalls um die Qualifikation einer Bankbeziehung und die Herausgabe von Retrozessionen. Das Bundesgericht bestätigte die strenge Unterscheidung zwischen reiner Auftragsausführung und einer echten Beratungs- oder Vermögensverwaltungsbeziehung und wies die Beschwerde ab.

Einordnung: Anleger sollten dokumentieren, ob und in welchem Umfang tatsächlich Empfehlungen erteilt wurden; davon können Pflichten und Retrozessionsfolgen abhängen.

Quelle/Fundstelle: Bundesgericht

BUNDESGERICHT · 29.06.2026 · 4A_144/2026

9,9%-Aktionär: Aktienbuch, Jahresrechnungen und GV-Protokolle

Worum ging es? Ein Minderheitsaktionär verlangte eine Kopie des Aktienbuchs sowie Einsicht in Jahresrechnungen und Generalversammlungsprotokolle der letzten fünf Jahre. Das Bundesgericht befasste sich mit Darlegungs- und Rechtsschutzfragen beim aktienrechtlichen Auskunfts- und Einsichtsrecht; auf die Beschwerde in Zivilsachen trat es nicht ein, die subsidiäre Verfassungsbeschwerde blieb ohne Erfolg.

Einordnung: Informationsrechte von Minderheitsaktionären sind an formelle und materielle Voraussetzungen gebunden; Verfahrensfehler können die Durchsetzung vereiteln.

Quelle/Fundstelle: Bundesgericht

BUNDESGERICHT · 21.07.2026 · 4A_115/2026

Aktionärsschutz bei Kapitalmaßnahme: vorsorgliche Maßnahmen

Worum ging es? Investoren wandten sich im Zusammenhang mit einer Kapitalmaßnahme und Vorzugsrechten gegen gesellschaftsrechtliche Vollzugsschritte und beantragten vorsorgliche Maßnahmen. Das Bundesgericht prüfte die engen Voraussetzungen für bundesgerichtlichen Rechtsschutz gegen Zwischenentscheide und Maßnahmenentscheide.

Einordnung: Bei Kapitalerhöhungen und Bezugsrechtskonflikten ist schnelles Handeln nötig; die Hürden für vorsorglichen Rechtsschutz und bundesgerichtliche Anfechtung sind hoch.

Quelle/Fundstelle: Bundesgericht

4

Liechtenstein

Aufgenommen sind 2026 öffentlich auffindbare Entscheidungen mit erkennbarem Bezug zu Versicherung, Finanzmarkt und Kundenschutz. Die Publikationsdichte ist geringer; bei bloßen Indexangaben wird dies ausdrücklich kenntlich gemacht.

Dokumentierte Entscheidungen in diesem Kapitel: 2.

STAATSGERICHTSHOF · 2026 – Datum im öffentlich zugänglichen Kurzindex nicht ausgewiesen · StGH 2026/001

Lebensversicherung: Schadenersatz, AVB und Transparenz

Worum ging es? Der öffentlich zugängliche Entscheidungsindex des Staatsgerichtshofs weist für StGH 2026/001 einen lebensversicherungsrechtlichen Streit aus. Genannt werden Schadenersatz, Substantiierungspflichten, eine AVB-Haftungsausschlussklausel, § 879 Abs. 3 ABGB, Sittenwidrigkeit, Art. 8 Abs. 3 KSchG und das Transparenzgebot. Der frei indexierte Kurzdatensatz enthält jedoch keine vollständige Sachverhalts- und Tenorwiedergabe.

Einordnung: Die Entscheidung ist für Verbraucher- und Versicherungsrecht relevant; wegen der begrenzten öffentlichen Indexangaben wird hier bewusst kein weitergehender Tenor behauptet.

Quelle/Fundstelle: StGH-Entscheidungsindex

STAATSGERICHTSHOF · 11.05.2026 · StGH 2026/004

FMA-Warnmeldung gegen Edelmetallunternehmen: Rechtsschutz erst nach Veröffentlichung

Worum ging es? Nach öffentlichen Aussagen eines Edelmetallunternehmens, es sei von der FMA nun sinngemäß „wie eine Bank“ eingestuft, veröffentlichte die Finanzmarktaufsicht eine Warnung, dass keine entsprechende aufsichtsrechtliche Bewilligung oder Registrierung bestehe. Das Unternehmen verlangte vorläufigen Rechtsschutz. Der StGH wies die Individualbeschwerde ab und hielt das besondere nachträgliche Überprüfungsverfahren nach Art. 21b FMAG für verfassungsrechtlich tragfähig.

Einordnung: Die Entscheidung betrifft unmittelbar den aufsichtsrechtlichen Kundenschutz und die Geschwindigkeit von Warnmeldungen im Finanzmarkt.

Quelle/Fundstelle: StGH / veröffentlichter Volltext

5

Europäischer Gerichtshof (EuGH)

Erfasst sind 2026 bis zum Redaktionsstichtag ergangene EuGH-Entscheidungen mit unmittelbarer Verbraucher- oder Anlegerrelevanz, einschließlich einschlägiger Art.-99-Beschlüsse. Reine Vorabentscheidungsersuchen ohne 2026er Entscheidung bleiben unberücksichtigt.

Dokumentierte Entscheidungen in diesem Kapitel: 24.

EUGH · 15.01.2026 · C-45/24 – VKI / KLM

Flugannullierung: Vermittlerprovision kann Teil des zu erstattenden Ticketpreises sein

Worum ging es? Bei einer Flugannullierung stellte sich die Frage, ob eine bei der Buchung über einen Vermittler erhobene Provision zum nach Art. 8 Fluggastrechte-VO zu erstattenden Preis gehört. Der EuGH präzisierte die Voraussetzungen, unter denen die Provision einzubeziehen ist, sowie die Beweislast, wenn die Fluggesellschaft geltend macht, die genaue Höhe der Vermittlergebühr nicht gekannt zu haben.

Einordnung: Für über Buchungsportale erworbene Tickets kann der Erstattungsanspruch über den reinen Airline-Nettoflugpreis hinausreichen.

Quelle/Fundstelle: CURIA / EUR-Lex

EUGH · 15.01.2026 · C-77/24 – Wunner

Illegales Online-Glücksspiel: anwendbares Recht auf Schadenersatz gegen Organpersonen

Worum ging es? Verbraucher verlangten Verluste aus unerlaubtem Online-Glücksspiel zurück und nahmen auch Organpersonen des Anbieters in Anspruch. Der EuGH legte die Rom-II-Verordnung zur Bestimmung des anwendbaren Rechts aus und befasste sich insbesondere mit dem Ort des Schadenseintritts bei online erlittenen Glücksspielverlusten.

Einordnung: Das Urteil erleichtert die kollisionsrechtliche Einordnung grenzüberschreitender Rückforderungs- und Haftungsansprüche im Online-Glücksspiel.

Quelle/Fundstelle: CURIA / EUR-Lex

EUGH • 22.01.2026 • C-902/24 – Herchoski

Fremdwährungskredit: Verrechnung und Prozesskosten nach Nichtigkeit

Worum ging es? Nach der Unwirksamkeit missbräuchlicher Klauseln in einem fremdwährungsindexierten Hypothekarkredit war der gesamte Vertrag nicht fortführbar. Der EuGH befasste sich damit, wie Rückzahlungsansprüche von Verbraucher und Bank miteinander verrechnet werden dürfen und ob nationale Kostenregeln die Durchsetzung der Verbraucherrechte abschreckend erschweren.

Einordnung: Nationale Verfahrensregeln dürfen den Effektivitäts- und Abschreckungszweck der Klauselrichtlinie nicht unterlaufen.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH • 12.02.2026 • C-471/24 – PKO BP

WIBOR-Hypothek: Informationspflicht zur Referenzzins-Methodik

Worum ging es? Ein polnischer Immobilienkredit knüpfte den variablen Zins an WIBOR 6M plus Bankmarge. Der EuGH entschied, dass die Bank dem Verbraucher nicht die gesamte Methodik eines gesetzlich regulierten Referenzindexes im Detail erklären muss. Die Verwendung eines solchen Indexes begründet auch nicht allein deshalb ein erhebliches Ungleichgewicht.

Einordnung: Transparenz bleibt erforderlich, aber regulierte Referenzwerte müssen nicht wie ein bankintern entwickelter Preialgorithmus vollständig offengelegt werden.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH • 24.02.2026 • C-368/25 – Malec (Beschluss, Art. 99)

Nichtigkeit eines Fremdwährungskredits: keine zusätzliche Vergütung für Kapitalnutzung

Worum ging es? In einem Beschluss auf Grundlage gefestigter Rechtsprechung befasste sich der EuGH erneut mit den Folgen eines wegen missbräuchlicher Klauseln nichtigen Fremdwährungskredits. Die Bank kann nicht über die Rückzahlung des ausgezahlten Kapitals und gesetzlich zulässige Positionen hinaus eine zusätzliche Vergütung allein für die Nutzung des Kapitals verlangen.

Einordnung: Der Abschreckungszweck der Klauselrichtlinie verhindert wirtschaftliche Ersatzmodelle, die die Folgen missbräuchlicher Vertragsgestaltung neutralisieren würden.

Quelle/Fundstelle: CURIA / EUR-Lex

EUGH • 25.02.2026 • C-168/25 (Beschluss, Art. 99)

Wohngebäudeverwaltung als juristische Person ist kein „Verbraucher“

Worum ging es? Der EuGH stellte in einem Beschluss klar, dass eine juristische Person, die ein Wohngebäude verwaltet, nicht allein wegen ihrer nicht gewerblichen Zielsetzung als Verbraucher im Sinne der Richtlinie 93/13 gilt. Der unionsrechtliche Verbraucherbegriff knüpft grundsätzlich an natürliche Personen an.

Einordnung: Die Klauselrichtlinie schützt nicht jede wirtschaftlich schwächere Vertragspartei, sondern einen unionsrechtlich definierten Personenkreis.

Quelle/Fundstelle: CURIA / EUR-Lex

EUGH • 05.03.2026 • C-564/24 – Eisenberger Gerüstbau

Fernabsatz: Vermittlung durch einen vom Verbraucher beauftragten Unternehmer

Worum ging es? Ein Verbraucher ließ den Kontakt zu einem Gerüstbauer durch einen anderen Unternehmer herstellen. Der EuGH entschied, dass ein Fernabsatzvertrag nicht schon deshalb ausscheidet, weil der Verbraucher sich bei der Kontaktaufnahme eines professionellen Vermittlers bedient. Maßgeblich bleibt, ob der Vertrag im Rahmen eines organisierten Fernabsatzsystems ohne gleichzeitige körperliche Anwesenheit geschlossen wurde.

Einordnung: Das Widerrufsrecht kann auch bei professioneller Unterstützung des Verbrauchers bestehen.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH • 12.03.2026 • C-514/24 – Magyar Telekom

Telekommunikation: kostenloses Kündigungsrecht bei Vertragsänderung

Worum ging es? Ein Telekommunikationsanbieter änderte Vertragsbedingungen, um eine Entscheidung des EuGH umzusetzen. Der Gerichtshof stellte klar, dass das unionsrechtliche Kündigungsrecht bei einseitigen Vertragsänderungen grundsätzlich auch dann greifen kann, wenn der Anbieter mit der Änderung unionsrechtlichen Vorgaben folgen will.

Einordnung: Vertragsänderungen im TK-Bereich lösen eigenständige Endnutzerrechte aus; der Änderungsgrund beseitigt diese nicht automatisch.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH • 19.03.2026 • C-679/24 – UniCredit Bank und Momentum Credit

Fremdwährungskredit: Beginn der Verjährung von Rückforderungsansprüchen

Worum ging es? Bei einem Kredit mit missbräuchlicher Wechselkursrisikoklausel durfte eine nationale fünfjährige Verjährungsfrist nicht bereits ab Vertragsschluss laufen, ohne die Kenntnis des Verbrauchers von der Missbräuchlichkeit zu berücksichtigen. Auch ein automatischer Neubeginn allein aufgrund einer späteren EuGH- oder nationalen Leitentscheidung ist unionsrechtlich nicht der richtige Anknüpfungspunkt.

Einordnung: Verjährungsregeln müssen dem Verbraucher eine reale Möglichkeit geben, seine unionsrechtlichen Rechte zu erkennen und auszuüben.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH • 26.03.2026 • C-62/25 – Staubsaugerservice

Preisangabe: bestellabhängige Bearbeitungspauschale

Worum ging es? Eine Bearbeitungspauschale fiel nur an, wenn der Gesamtbestellwert unter einer Schwelle lag. Der EuGH entschied, dass eine solche vom gesamten Warenkorb abhängige Gebühr nicht zwingend in den Verkaufspreis jedes einzelnen Produkts eingerechnet werden muss. Sie muss dem Verbraucher aber klar und rechtzeitig als zusätzliche Kostenposition mitgeteilt werden.

Einordnung: Das Urteil präzisiert die Abgrenzung zwischen produktbezogenem Verkaufspreis und bestellabhängigen Zusatzkosten.

Quelle/Fundstelle: EUR-Lex / CURIA

EUGH · 16.04.2026 · C-440/23 – European Lotto and Betting

Online-Glücksspiel: nationale Erlaubnispflicht und Rückforderung von Verlusten

Worum ging es? Ein Anbieter berief sich auf eine Lizenz in einem anderen Mitgliedstaat, während das Spielangebot im Zielstaat erlaubnispflichtig war. Der EuGH prüfte die Vereinbarkeit nationaler Glücksspielbeschränkungen mit der Dienstleistungsfreiheit und die unionsrechtlichen Grenzen bei Rückforderungen verlorener Spieleinsätze.

Einordnung: Eine ausländische Lizenz ersetzt nicht automatisch die nationale Erlaubnis; nationale Beschränkungen müssen aber kohärent und verhältnismäßig dem Gemeinwohl dienen.

Quelle/Fundstelle: EUR-Lex

EUGH · 23.04.2026 · C-761/24 – AXA Bank Belgium u. a.

Übertragung eines Fremdwährungskredits: gegen wen wirkt die Unwirksamkeit?

Worum ging es? Ein fremdwährungsbezogener Kreditvertrag wurde zwischen Unternehmen übertragen. Der EuGH befasste sich damit, gegenüber welchem Unternehmen ein Verbraucher die Folgen der Unwirksamkeit einer missbräuchlichen Klausel geltend machen kann. Die Vertragsübertragung darf den effektiven Schutz aus der Klauselrichtlinie nicht leerlaufen lassen.

Einordnung: Banken- oder Forderungsübertragungen beseitigen die unionsrechtlichen Folgen missbräuchlicher Klauseln nicht.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH · 30.04.2026 · C-246/25 – Hańczyk

Unwirksamer Nachtrag zum Hypothekendarlehen: Wiederaufleben ursprünglicher Klauseln

Worum ging es? Ein Nachtrag zu einem Hypothekendarlehen enthielt missbräuchliche Klauseln und war deshalb unwirksam. Der EuGH hielt es unter Bedingungen für zulässig, dass dadurch die zuvor ersetzten ursprünglichen Vertragsklauseln wieder gelten, sofern die konkreten Nachteile für den Verbraucher und Vorteile des Unternehmers berücksichtigt werden und der wirksame Verbraucherschutz sowie die Abschreckungswirkung gewahrt bleiben.

Einordnung: Die Rechtsfolge einer unwirksamen Änderung muss materiell ausgewogen und für den Verbraucher effektiv sein.

Quelle/Fundstelle: EUR-Lex / CURIA

EUGH · 30.04.2026 · C-301/25 – Lidl Italia

Lebensmittelwerbung: Zusammenspiel von UGP-Recht und Lebensmittelinformationsrecht

Worum ging es? Der EuGH befasste sich mit der Frage, wie die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken und das speziellere unionsrechtliche Lebensmittelinformationsrecht zusammenwirken. Verbraucherschützende Lauterkeitsregeln können neben sektorspezifischen Informationsvorschriften relevant bleiben, soweit kein abschließender Normkonflikt besteht.

Einordnung: Spezialrecht schließt allgemeines Irreführungsverbot nicht automatisch aus.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH · 11.06.2026 · C-81/24 – Jenec

Basiskonto und Geldwäscheprävention: OFAC-Listung

Worum ging es? Eine Bank verweigerte einem Verbraucher ein Basiskonto, weil er auf einer Sanktionsliste des US-amerikanischen OFAC geführt wurde. Der EuGH legte die Zahlungskontenrichtlinie im Zusammenspiel mit Geldwäschevorgaben aus und prüfte, wann ein Kreditinstitut ein Basiskonto ablehnen darf.

Einordnung: Der gesetzliche Zugang zu einem Basiskonto darf nur aus den unionsrechtlich vorgesehenen Gründen verweigert werden; ausländische Sanktionslisten ersetzen diese Prüfung nicht automatisch.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH · 11.06.2026 · C-903/24 – Zmarka

Nichter Kreditvertrag: gesetzliche Verzugszinsen für Verbraucherverforderung

Worum ging es? Nach der Nichtigkeit eines Kreditvertrags verlangte ein Verbraucher Rückzahlung seiner Leistungen und Verzugszinsen. Der EuGH hielt eine nationale Auslegung für unionsrechtlich zulässig, nach der gesetzliche Verzugszinsen erst ab einer außergerichtlichen oder gerichtlichen Aufforderung laufen, in der der konkret verlangte Betrag bezeichnet ist.

Einordnung: Die Klauselrichtlinie verlangt effektiven Ausgleich, schreibt aber nicht in jeder Konstellation einen Zinsbeginn bereits ab jeder einzelnen Zahlung vor.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH · 18.06.2026 · C-346/25 – Fibo Markets

CFD-Handel: Verbrauchervertrag und Rom-I-Ausnahme für Finanzinstrumente

Worum ging es? Ein Verbraucher schloss CFD-Geschäfte mit einem Broker. Der EuGH präzisierte, welche Rechte und Pflichten „im Zusammenhang mit einem Finanzinstrument“ im Sinne der Rom-I-Verordnung stehen. Dazu gehören insbesondere finanzielle Bedingungen der Auftragsausführung und die Kursdifferenzberechnung; nicht jede Klausel eines Rahmenvertrags fällt automatisch unter diese Ausnahme.

Einordnung: Für private CFD-Anleger ist die kollisionsrechtliche Einordnung einzelner Vertragsklauseln entscheidend für den anwendbaren Verbraucherschutz.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH · 02.07.2026 · verb. C-261/25 und C-262/25 – Ścierbek / Drózdziak

Bankansprüche nach Nichtigkeit: Verjährungsbeginn

Worum ging es? Nach der Nichtigkeit von Verbraucherkreditverträgen wegen missbräuchlicher Klauseln verlangten Banken Rückzahlung des Kapitals. Der EuGH prüfte, ab wann die Verjährung solcher Unternehmeransprüche laufen darf. Nationale Regeln müssen Rechtssicherheit und Effektivität wahren und dürfen nicht zu einer asymmetrischen Lage führen, die den Schutz des Verbrauchers praktisch aushöhlt.

Einordnung: Rückabwicklung nichtiger Kreditverträge muss beide Anspruchsseiten verfahrensrechtlich kohärent behandeln, ohne die Abschreckungswirkung der Klauselrichtlinie zu beseitigen.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH • 09.07.2026 • C-188/25 – Štátny fond rozvoja bývania

Öffentlicher Wohnungsfonds kann „Unternehmer“ der Klauselrichtlinie sein

Worum ging es? Ein staatlicher Wohnungsfonds vergab Darlehen zu Vorzugskonditionen im öffentlichen Interesse. Der EuGH stellte klar, dass eine öffentlich-rechtliche Zielsetzung die Einordnung als „Verkäufer oder Gewerbetreibender“ im Sinne der Klauselrichtlinie nicht automatisch ausschließt. Zudem bekräftigte er den Vorrang des Unionsrechts gegenüber entgegenstehenden Bindungen durch höhere nationale Gerichte.

Einordnung: Auch staatlich organisierte Förderkreditgeber können der AGB-Kontrolle nach der Richtlinie 93/13 unterliegen.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH • 09.07.2026 • C-234/25 – Sky Österreich Fernsehen

Streaming-Abo: Widerrufsrecht nicht schon mit Streamingbeginn verloren

Worum ging es? Sky ließ Kunden beim Online-Abschluss erklären, dass die Leistung sofort beginnen und damit das Widerrufsrecht erlöschen solle. Der EuGH qualifizierte das personalisierte Streaming-Abo als digitale Dienstleistung. Bei solchen Dienstleistungen erlischt das Widerrufsrecht nicht schon mit Beginn der Leistungserbringung; die strengeren Voraussetzungen für den Verlust des Widerrufsrechts müssen erfüllt sein.

Einordnung: Streaminganbieter können den gesetzlichen 14-Tage-Widerruf nicht durch eine pauschale Sofortstart-Klausel beseitigen.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH • 09.07.2026 • C-307/25 – KFZ Kolak

Gebrauchtwagenmangel: Sicherheitsrelevanz rechtfertigt nicht automatisch sofortige Vertragsauflösung

Worum ging es? Bei einem Gebrauchtwagen trat Ölverlust mit möglicher Gefahr eines Motorschadens auf. Der EuGH entschied, dass ein sicherheitsbezogener Mangel, der sich relativ kostengünstig beheben lässt, nicht zwingend so schwerwiegend ist, dass der Verbraucher sofort den Preis mindern oder den Vertrag beenden darf.

Einordnung: Auch bei sicherheitsrelevanten Mängeln bleibt die Verhältnismäßigkeit der Abhilferechte nach der Warenkaufrichtlinie zu prüfen.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH • 03.09.2026 • C-798/24 – Jautiva

Minderheitsaktionäre: personenbezogene Daten nicht voraussetzungslos veröffentlichen

Worum ging es? 17 Minderheitsaktionäre wandten sich gegen die gesetzlich angeordnete öffentliche Zugänglichmachung ihrer personenbezogenen Daten. Der EuGH entschied, dass Unionsrecht nicht die Offenlegung sämtlicher Minderheitsaktionäre verlangt und einer voraussetzungslosen Online-Veröffentlichung personenbezogener Daten entgegenstehen kann, selbst wenn ein anerkanntes Gemeinwohlziel verfolgt wird.

Einordnung: Anlegerttransparenz und Datenschutz müssen verhältnismäßig austariert werden; öffentliche Register dürfen nicht mehr Daten offenlegen als erforderlich.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH • 10.09.2026 • C-669/24 – Verbraucherzentrale Bundesverband / Vodafone

Telekommunikation: EU-Recht gibt Anbietern kein eigenes Recht zur einseitigen Vertragsänderung

Worum ging es? Im Streit um einseitige Vertragsänderungen von Vodafone stellte der EuGH klar, dass Art. 105 Abs. 4 des Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation kein eigenständiges Änderungsrecht des Anbieters schafft. Die Norm setzt vielmehr voraus, dass ein Änderungsrecht aus einer anderen Rechtsgrundlage besteht, und regelt dann insbesondere das Kündigungsrecht des Endnutzers.

Einordnung: Anbieter können sich für Vertragsänderungen nicht allein auf den europäischen Telekommunikationskodex stützen.

Quelle/Fundstelle: CURIA

EUGH • 24.09.2026 • C-900/24 – SVB

Fernwärme: missbräuchliche Preisänderungsklausel und Dreijahres-Einwand

Worum ging es? Ein deutscher Fernwärmevertrag enthielt eine unwirksame Preisänderungsklausel. Nach nationaler Rechtsprechung sollten ältere Preiserhöhungen teilweise bestehen bleiben, wenn der Kunde sie nicht innerhalb von drei Jahren beanstandet hatte. Der EuGH entschied, dass Verbraucherrechte aus einer missbräuchlichen Klausel nicht durch eine solche Regel oder Praxis ausgehöhlt werden dürfen. Auch die einseitige Ersetzung einer missbräuchlichen Klausel durch den Unternehmer ist unionsrechtlich eng begrenzt.

Einordnung: Die Entscheidung wirkt unmittelbar auf langfristige Energieverträge und die Rückforderung aufgrund unwirksamer Preisgleitklauseln.

Quelle/Fundstelle: CURIA

6

EFTA-Gerichtshof

Erfasst sind bis zum Redaktionstichtag veröffentlichte EFTA-Gerichtshof-Entscheidungen des Jahres 2026 mit unmittelbarer Verbraucher- oder Anlegerrelevanz.

Dokumentierte Entscheidungen in diesem Kapitel: 1.

EFTA-GERICHTSHOF • 12.02.2026 • E-9/25 – Peter Plörer / LGT Bank AG

Unfaire Bankklausel: Verjährung von Zinsansprüchen darf nicht vor realer Kenntnismöglichkeit ablaufen

Worum ging es? Das Fürstliche Oberste Gericht Liechtenstein legte dem EFTA-Gerichtshof Fragen zu einer Bankklausel und zu Zinsen auf zu Unrecht einbehaltene Beträge vor. Hintergrund waren unter anderem von der Bank vereinnahmte Drittvergütungen. Der EFTA-Gerichtshof entschied zu Art. 6 Abs. 1 und Art. 7 Abs. 1 der Richtlinie 93/13: Eine nationale Verjährungsregel ist unzulässig, wenn der Anspruch auf Ausgleichszinsen bereits verjährt, bevor der Verbraucher seine EWR-Rechte überhaupt erkennen und effektiv ausüben konnte.

Einordnung: Die Entscheidung überträgt den Effektivitätsgrundsatz bei missbräuchlichen Klauseln auf die Verjährung von Nebenansprüchen und ist für liechtensteinische Bank- und Anlegerfälle besonders bedeutsam.

Quelle/Fundstelle: EFTA Court / EUR-Lex, C/2026/2959

Redaktionsschluss

27. September 2026. Herausgeber: Rechtsanwalt Jens Reime. Die Broschüre dient ausschließlich der allgemeinen Information; maßgeblich sind die amtlichen bzw. veröffentlichten Entscheidungstexte in der jeweils geltenden Fassung.